

AGGRESSIONEN UND GEWALT GEGEN POLITIKER*INNEN

Erste Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung

Kurzbeschreibung: Im Rahmen des Forschungsprojekts „Aggressionen und Gewalt gegen Politiker*innen in Deutschland. Formen, Verbreitung und Folgen für Individuum und Gesellschaft“ wurde 2024 eine quantitative Dunkelfeldbefragung von Politiker*innen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene in Deutschland durchgeführt. Das vorliegende Factsheet präsentiert erste Ergebnisse basierend auf den Daten von 1 479 Politiker*innen zu Formen und Verbreitung von Aggressionen und Gewalt sowie potenziellen Folgen, insbesondere in Hinblick auf das politische Engagement.

Welche Formen von Aggressionen und Gewalt erleben Politiker*innen?

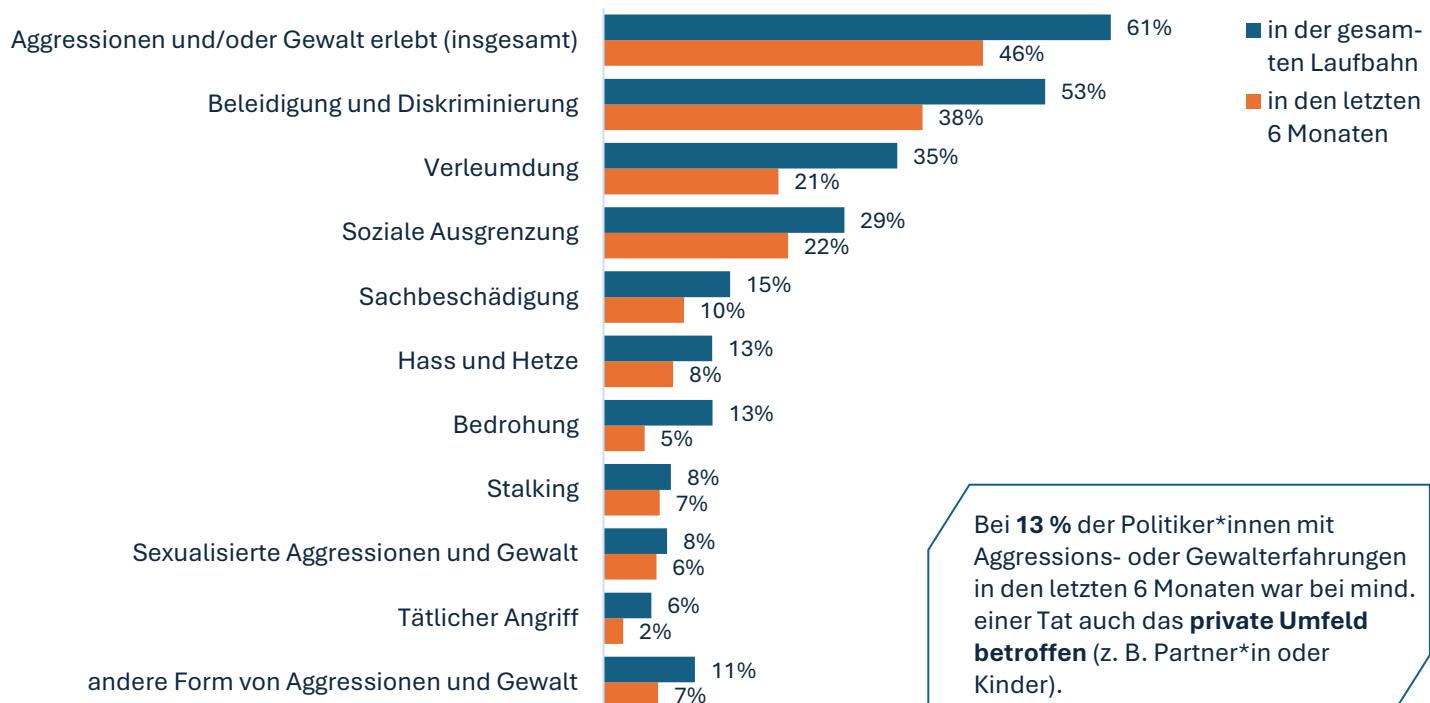


Abb. 1: Anteil an Politiker*innen, die die jeweiligen Aggressions- oder Gewaltformen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bereits mind. einmal erlebt haben (innerhalb der gesamten politischen Laufbahn und in den letzten 6 Monaten). Insgesamt wurden 20 verschiedene Aggressions- und Gewaltformen erhoben, hier vereinfachend zu Kategorien aggregiert ($n = 1\,479$, gewichtete Daten).

Worauf zielen Aggressionen und Gewalt ab?

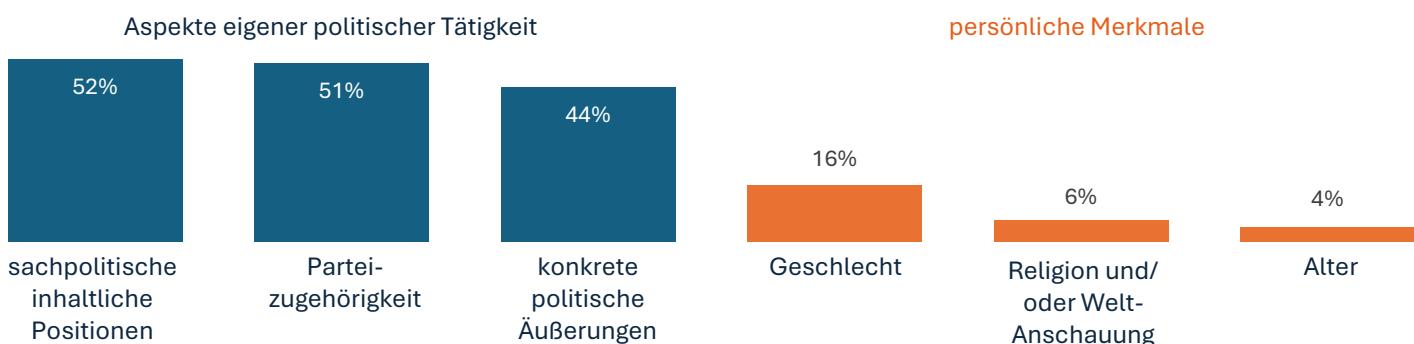
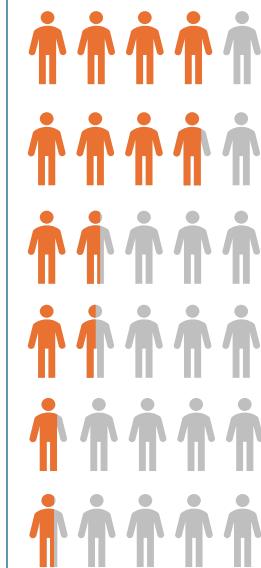


Abb. 2: Häufigkeiten der von Betroffenen angenommenen Ziele der Vorfälle in den letzten 6 Monaten (Frage: „Wogegen haben sich die Taten in den letzten 6 Monaten Ihrer Meinung nach gerichtet?“, Mehrfachantworten waren möglich). Dargestellt sind die jeweils drei am häufigsten angenommenen Ziele mit Bezug zur eigenen politischen Tätigkeit bzw. zu persönlichen Merkmalen ($n = 677$, gewichtete Daten).

Umgang mit Aggressionen und Gewalt



- ... 84% sprachen mit ihrem **privaten Umfeld**.
- ... 77% tauschten sich mit **Kolleg*innen aus der Politik** aus.
- ... 33% schwiegen oder machten es **mit sich selbst** aus.
- ... 30% machten die Taten **öffentlich**.
- ... 17% nutzten **Unterstützungsmöglichkeiten der Parteien**.
- ... 13% brachten die Tat zur **Anzeige**.

Abb. 3: Reaktionen auf und Umgang mit tätigkeitsbezogenen Aggressions- und Gewalterfahrungen in den letzten 6 Monaten. Anteil an Politiker*innen mit Aggressions- oder Gewalterfahrungen in den letzten 6 Monaten, die für mind. eine der Taten mit der jeweiligen Umgangsform reagiert haben (Mehrfachnennungen waren möglich, $n = 677$, gewichtete Daten).

Im Vergleich zu Politiker*innen, die noch nie tätigkeitsbezogene Aggressionen oder Gewalt erlebt haben, ...

- haben Betroffene **weniger Interesse oder Freude an ihren Tätigkeiten**.
- verspüren Betroffene **häufiger Gefühle von Niedergeschlagenheit, Schmerz oder Hoffnungslosigkeit**.
- fühlen Betroffene sich **häufiger nervös, ängstlich oder angespannt**.
- sind Betroffene **häufiger nicht in der Lage, ihre Sorgen zu stoppen** oder zu kontrollieren

($n = 1459 - 1469$, ungewichtete Daten, teststatistische Überprüfungen über t-tests ergaben statistisch signifikante Mittelwertsunterschiede von kleiner Effektstärke)

*„Umso mehr du mit anderen [Politiker*innen] darüber redest, kriegst du auch die Rückmeldung: denen geht's ja nicht anders. Das wiederum stärkt mich dann wieder so ein bisschen: okay, du bist halt nicht alleine.“ **

Auswirkungen auf das politische Engagement

Frage: Haben Sie aufgrund Ihrer bisherigen Gewalterfahrungen in Ihrer gesamten politischen Laufbahn Konsequenzen für Ihre politischen Aktivitäten gezogen? Bitte geben Sie an, inwieweit Sie folgende politische Aktivitäten verändert haben.

Antwortoptionen: ■ reduziert ■ nicht verändert ■ verstärkt

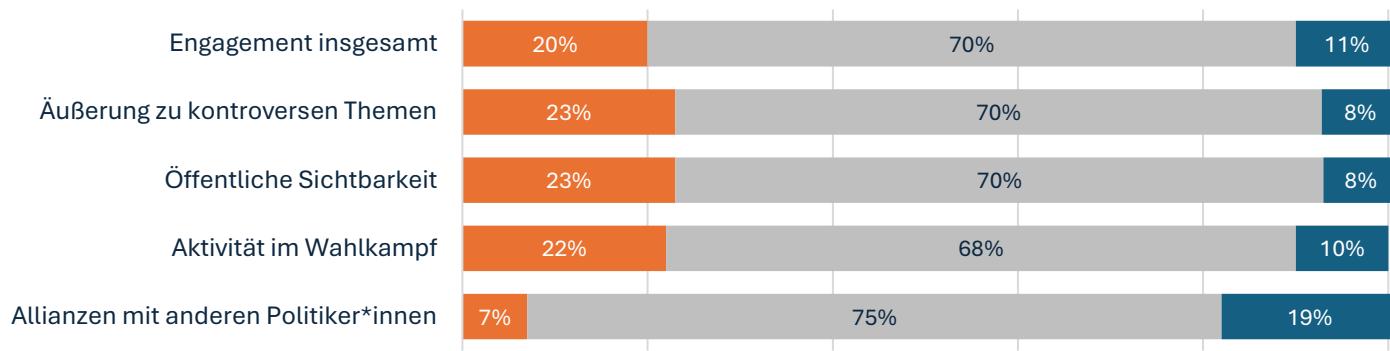


Abb. 4: Anteil der Politiker*innen mit tätigkeitsbezogenen Aggressions- oder Gewalterfahrungen, die angeben, aufgrund dieser Erfahrungen ihr Engagement reduziert, verstärkt bzw. nicht verändert zu haben ($n = 849 - 879$, gewichtete Daten).

Im Vergleich zu Politiker*innen, die noch nie tätigkeitsbezogene Aggressionen oder Gewalt erlebt haben, berichten Betroffene **häufiger** davon, in den vorausgegangenen 6 Monaten **mit dem Gedanken gespielt** zu haben, **sich aus der Politik zurückzuziehen**. ($n = 1464$, ungewichtete Daten, teststatistische Überprüfung über t-tests ergab einen statistisch signifikanten Mittelwertsunterschied von kleiner Effektstärke)

*„Das sorgt dafür, dass man sich aus dem öffentlichen Raum zurückzieht. Also Veranstaltungen, die mache ich jetzt einfach nicht mehr, muss ich so ehrlich sagen.“ **

*„Manchmal mache ich es erst recht, manchmal werde ich erst trotzig und schenke dem noch mehr Zeit.“ **

* Die Zitate stammen aus mit betroffenen Politiker*innen geführten Interviews.

Kurzbeschreibung Methodik / Datenbasis

Wie wurde die Befragung durchgeführt?

Es handelt sich um eine sogenannte quantitative längsschnittliche Dunkelfeldbefragung über einen Online-Fragebogen mit vorwiegend geschlossenen Antwortformaten, die durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. durchgeführt wurde. In diesem Factsheet werden Daten des ersten (bereits abgeschlossenen) Messzeitpunkts berichtet, die im Zeitraum zwischen Mai 2024 bis Februar 2025 erhoben wurden.

Wer wurde zur Befragung eingeladen?

Das Ziel war es, eine repräsentative Stichprobe von Politikerinnen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene in Deutschland zu erreichen ($N = 22\,264$), in der auch ausreichend viele Vertreter*innen „kleinerer Gruppen“ von Politiker*innen enthalten sind (z. B. Bundes- und Landespolitiker*innen, Kommunalparlamente in kleineren Bundesländern und Parlamente auf Kreisebene). Dazu war ein komplexes Stichprobendesign notwendig, in dem bestimmte Gruppen „oversampled“ wurden. Auf Bundes- und Landesebene wurden alle zum Befragungszeitpunkt aktuellen Mitglieder der 16 Landesparlamente und des Bundestags sowie die Landeskabinette und das Bundeskabinett (2 733 Politikerinnen) zur Teilnahme eingeladen. Auf kommunaler Ebene zog das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften eine Zufallsstichprobe von 19 531 Politikerinnen aus den Kommunalparlamenten. Dabei wurde eine zweistufige, geschichtete Klumpenauswahl¹ umgesetzt, wobei die Grundgesamtheit auf dieser Ebene aus allen Kommunalparlamenten auf Kreis- und Gemeindeebene bestand. Eingeladen wurden alle Parlamentsmitglieder der gezogenen Parlamente sowie die jeweiligen Bürgermeister*innen bzw. Landräte*innen.

Wer hat an der Befragung teilgenommen?

Insgesamt begannen 1 859 eingeladene Politiker*innen die Befragung (8,3 %), wobei einige nach wenigen Fragen abbrachen oder viele Fragen unbeantwortet ließen. Nach Ausschluss dieser Fälle ergab sich für die vorliegenden Auswertungen eine Netto-Stichprobe von $n = 1479$ (bereinigter Rücklauf = 6,6 %). Die trotz aufwendiger Erinnerungs- und Werbungsmaßnahmen niedrige Beteiligung führt zu Einschränkungen in der Repräsentativität. Insbesondere ist davon auszugehen, dass von Aggressionen und Gewalt betroffene Politiker*innen in der Stichprobe auf Grund stärkerer Sensibilität für das Thema überrepräsentiert sind. Andere Verzerrungen gegenüber der Grundgesamtheit können zum Teil durch angewandte Gewichtungen reduziert werden.

Wie und warum wurden die Daten für die aktuellen Auswertungen gewichtet?

Da bestimmte „kleinere Gruppen“ von Politiker*innen aufgrund des Stichprobendesigns in der ungewichteten Stichprobe überrepräsentiert sind, wurde bei der Schätzung der in Abb. 1 bis 4 dargestellten Häufigkeiten über alle politischen Ebenen hinweg ein Designgewicht und ein Poststratifikationsgewicht eingesetzt, um verschiedene Auswahlwahrscheinlichkeiten auszugleichen und die Verteilung der Politiker*innen auf die verschiedenen politischen Ebenen (Bund/Land/Kreis) wieder an die Verteilung in der Grundgesamtheit anzupassen.

	Bund	Land	Kommunal	Weiblich	Männlich
ungewichtet	3,4 %	14,4 %	82,2 %	34,6 %	65,2 %
gewichtet	0,4 %	1,0 %	98,5 %	32,8 %	66,3 %

Tab. 1a: Stichprobenzusammensetzung vor und nach der Gewichtung (politische Ebene und Geschlecht)

	partei-los	CDU/CSU	SPD	Die Grünen	AfD	Freie Wähler	FDP	Die Linke	andere
ungewichtet	12,1 %	24,3 %	19,3 %	18,3 %	6,0 %	5,9 %	4,2 %	3,1 %	6,7 %
gewichtet	30,7 %	21,3 %	16,3 %	12 %	3,1 %	6,5 %	2,3 %	1,4 %	6,3 %

Tab. 1b: Stichprobenzusammensetzung vor und nach der Gewichtung (Parteizugehörigkeit)

¹ Die Schichtung erfolgte nach Bundesland und Ebene der Kommunalparlamente (Kreisebene und Gemeindeebene), proportional zur Anzahl der Parlamentssitze. Die Auswahlwahrscheinlichkeit war zudem proportional zur Bevölkerungszahl der kommunalen Einheit.



Presseanfragen: Lena Deyerling
0511/34836-25 | presse@kfn.de

Projektteam:
gewaltgegenpolitiker@kfn.de

Projektwebsite:



gefördert von:
Hans Böckler Stiftung